

## Unerhörte Missachtung der MieterInnen

„Die Ankündigung des Vorstandsvorsitzenden des Hamburger Wohnungskonzerns TAG, Rolf Elgeti, die erst vor zwei Jahren gekauften 11.000 ehemals bundeseigenen TLG-Wohnungen in Ostdeutschland fast zum Doppelten dessen, was der Bundesfinanzminister seinerzeit eingenommen hat, zu verkaufen, zeigt eine unerhörte Missachtung der MieterInnen“, so die LINKE-Abgeordnete Ute Lukasch. Auch in Eisenach, Gotha, Arnstadt, Erfurt, Jena und Gera sind Wohnungen betroffen. Elgeti vertritt die Aktiengesellschaft, der die Bundesregierung mit einem ‚Share Deal‘ die Grunderwerbssteuer von immerhin rund 23 Millionen Euro geschenkt und mit der sie eine angeblich wasserdichte Sozialcharta für die Mieter ausgehandelt hatte.

„Werden nun ihre Wohnungen erneut verschärft zu einem Preis, der gar nichts anderes zulässt, als Entmietung und Luxussanierung?“, fragt Ute Lukasch. Die Abgeordnete verweist auch auf das Insolvenzverfahren der Stadtwerke Gera und den dabei anstehenden Verkauf von 7.000 Wohnungen der GWB „Elstertal“. „Alle Versuche, die GWB für die Stadt und die Mieter zu erhalten, wurden durch die Ignoranz der alten Landesregierung verhindert. Es besteht die Gefahr, dass Wohnungen wieder zu reinen Renditeobjekten werden.“ ■

# Neuordnung der Abgeordnetenentlohnung

**Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag haben in ihrer Sitzung am 1. Oktober beschlossen, „dass wir auch in der neuen Wahlperiode alle unsere bisherigen Reformvorhaben in den Bereichen Abgeordneten-, Parlaments- und Beamtenrecht erneut mit allem Nachdruck auf die Agenda setzen werden“, erklärten die Abgeordneten André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer, und Knut Korschewsky nach der Fraktionssitzung.**

„Dazu gehören vor allem die von Anfang an und wiederholt von PDS bzw. dann LINKE geforderte Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung und eine grundlegende Reform des Abgeordnetenrechts hin zu einer Eingliederung von Abgeordneten in bestehende gesetzliche Kranken- und vor allem Rentenversicherungssysteme und der Wegfall von steuerfreien Aufwandspauschalen“, betonte André Blechschmidt.

Die Linkspartei hatte schon im Jahr 2006 dazu einen weitgehenden Reformantrag in den Thüringer Landtag eingebracht, der aber bei den anderen Fraktionen auf keine Gegenliebe gestoßen war, obwohl sich zur damaligen Zeit das Land Nordrhein-Westfalen bereits in der Umsetzung einer entsprechenden Reform befand. Statt wie bis-

her sollen die Abgeordneten nach den Reformvorstellungen der LINKEN im Landtag ihre mandatsbedingten Aufwendungen als Werbungskosten beim Finanzamt geltend machen. Die Reform würde auch bedeuten, dass Abgeordnete zukünftig Beiträge in die Sozialversicherung bzw. ein gesetzliches Versorgungswerk einzahlen und wie andere gesetzlich Versicherte Rentenpunkte für ihre Mandatszeit erwerben. Eine entsprechende Modifizierung der Abgeordnetenentschädigung würde die Finanzierung aller mandatsbedingten Verpflichtungen und des Lebensunterhalts aus einem voll steuerpflichtigen Einkommen bedeuten.

## Reformpaket der Linksfraktion mit Verbot der Zahlung von Funktionszulagen

„Damit wird die Struktur der Abgeordnetenalimentierung und Abgeordnetenversorgung an die der ‚Normalbürger‘ angeglichen und die Mandatsausübung wird durch Nachweispflichten gegenüber dem Finanzamt auch transparenter“, so LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky. Er unterstrich, dass zu dem Reformpaket der LINKE-Fraktion für die neue Wahlperiode auch die Verankerung des Verbots der Zahlung von so genannten „Funktionszulagen“ aus der Fraktionskasse im Thüringer Abgeordnetengesetz gehört.

„Es gibt seit 2000 ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Thüringer Abgeordnetenrecht mit dem klaren Verbot von ‚finanziellen Hierarchien‘ unter Abgeordneten, das in Thüringen endlich umfassend und wirksam umgesetzt werden muss“, betonte André Blechschmidt, der in diesem Zusammenhang darauf verwies, dass die PDS- bzw. LINKE-Fraktion noch nie solche Funktionszulagen gezahlt hat.

## Unterstützung durch den Steuerzahlerbund

Abschließend kündigte LINKE-Abgeordneter Knut Korschewsky an, dass die Fraktion auch ihren Gesetzentwurf aus der vergangenen Wahlperiode wieder aufgreifen wird, der die Abschaffung der politischen Beamten, die Abschaffung der zeitlich vorgezogenen Beamtenpension und die Verhinderung von Doppelzahlungen an aktuelle und ehemalige Amtsinhaber in Thüringen vorsieht.

Knut Korschewsky merkte in diesem Zusammenhang an, „dass sich die LINKE nicht nur bezogen auf die Themen Reform des Abgeordnetenrechts und Abschaffung der politischen Beamten über die Unterstützung des Thüringer Steuerzahlerbundes freut, sondern auch in Sachen Verwaltungs- und Gebietsreform.“ ■

## Bedrohung durch Rocker und Neonazis in Saalfeld

**Am 30. August wurden Katharina König und weitere Unterstützer bei einem LINKE-Infostand von mehreren Neonazis und Rockern bedroht, von denen einer komplett verummumt und mit einer Metallkette ausgerüstet war (s. Foto). Bis zu zehn Personen könnten an diesem Vorfall beteiligt gewesen sein, die Polizei hat mindestens vier Tatverdächtige ermittelt. Der Fall wurde an die besondere Aufbauorganisation „Zesar“ beim Landeskriminalamt Thüringen abgegeben.**

„Inzwischen wissen wir, dass gegen maßgebliche Akteure dieser Bedrohungsaktion ein Parallelverfahren läuft, sie sollen illegal eine Ceska-Schusswaffe angeschafft bzw. untereinander verkauft haben. Mit einer Waffe vom selben Hersteller wurde auch die NSU-Mordserie begangen“, informierte die LINKE Abgeordnete Katharina König.

Das Informationsportal „blick nach rechts“ (bnr) berichtete am 1. Oktober über ein Verfahren der Staatsanwaltschaft Gera wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz. Dieses geht u.a. auf Ermittlungen der „Sonderkommission Feuerball“ zurück, die im Jahr 2010 über einen mutmaßlich geplanten Brandanschlag auf ein u.a. von Katharina König mitbenutzten Reisebus ermittelte. In Folge der Ermittlungen haben

sich über Jahre zwei Personen herauskristallisiert: der ehemalige Saalfelder NPD-Direktkandidat Steffen Richter und der Saalfelder Rocker Renaldo B.

Richter soll in einer Vernehmung gestanden haben, von Renaldo B. die Ceska angeboten bekommen zu haben. B., der zeitweise Anhänger von zwei „Hells-Angels“ Unterstützer-Clubs in Saalfeld war, habe später bei der Befragung durch Polizisten geäußert, dem ehemaligen NPD-Kandidaten die Ceska, Modell CZ 1924 mit Munitionsgröße 9 mm, weitergegeben zu haben, um damit 500 Euro Schulden auszugleichen. Im Jahr 2011 hätten die Ermittler dann Hinweise erhalten, wonach Steffen Richter die Waffe für 1.000 Euro inklusive Munition in der Neonazi-Szene zum Verkauf anbiete.

Im Mai dieses Jahres ist von der Staatsanwaltschaft Gera Anklage wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz erhoben worden, zuständig ist das Amtsgericht Pößneck. „Die Bedrohung in Gornsdorf einige Monate später wurde wahrscheinlich von Richter initiiert“, sagt Katharina König mit Blick auf den Vorfall Ende August. „Steffen Richter erschien als erster und drohte mit den Worten: ‚Das ist der falsche Kiez, verpisst euch, sonst kommt Unterstützung und wir klären das wie in den 90er Jahren.‘ Über Handy wurden weitere Personen aus Rocker- und Neona-

zi-Szene verständigt die innerhalb weniger Minuten eintrafen und den Stand einkreisten.“ Katharina König wurde auffordert, ihre Arbeit gegen Neonazis einzustellen. „Wie wir durch eigene Nachforschungen mittlerweile feststellen konnten, handelt es sich bei dem martialisch auftretenden Rocker in Schwarz mit Vollverummumung und Metallkette um den Ceska-Beschaffer Renaldo B.“, so die Abgeordnete.

Bemerkenswert sei auch, dass die Fahnder im Rahmen von Observations- und Überwachungsmaßnahmen in dem Fall gegen Steffen Richter auch Treffen bzw. Kontaktaufnahmen zum Altenburger „Hammerskin“-Funktionär Thomas Gerlach (Zeuge im NSU-Prozess) feststellten. Aus den Akten gehe hervor, dass Richter im Dezember 2011 – wenige Wochen nach der NSU-Selbstenttarnung – auf dem Weg nach Altenburg am Bahnhof Jena-Göschwitz Halt machen sollte, um dort Geld entgegen zu nehmen; vermutlich für den zu diesem Zeitpunkt frisch verhafteten mutmaßlichen NSU-Helfer Ralf Wohlleben.

Das Geld würde, so hieß es damals, ein Neonazi aus Kahla liefern. Dieser sitzt seit den Kommunalwahlen in diesem Jahr für die NPD im Stadtrat Kahla. „Die bewaffneten und gewalttätigen Verbindungen zwischen NPD, Neonazis und organisierter Kriminalität füh-



ren noch einmal deutlich vor Augen, welches Gefahrenpotential in dieser gefährlichen Misch-Szene steckt“, betont Katharina König.

Für die neue Wahlperiode im Thüringer Landtag erneuert die LINKE-Politikerin die Forderung, wonach die BAO „Zesar“ weiter ausgebaut und unterstützt werden müsse, ebenso wie Initiativen aus der Zivilgesellschaft, um die Arbeit gegen neonazistische Gewalt und rechte Strukturen weiter zu stärken. Katharina König bedankte sich abschließend bei der Polizei, insbesondere der LPI Saalfeld, für die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen bei weiteren Veranstaltungen im Landtagswahlkampf nach dem Vorfall in Gornsdorf. ■